

Wortbeitrag der Sachverständigen Sonia Mitrailia für die Anhörung „Austeritätspolitik als Gefahr für Demokratie und soziale Rechte“ im Europarat/Januar 2012

Sonia Mitrailia ist Mitglied des griechischen "Komitees gegen die Schulden" und Mitglied des internationalen CADTM (Comité pour l'annulation de la dette du Tiers Monde)

Fast zwei Jahre nach Beginn der von der Europäischen Zentralbank (EZB), der Europäischen Kommission und dem Internationalen Wirtschaftsfonds (IWF) gegen Griechenland verabreichten Schocktherapie ist ihre Bilanz katastrophal, empörend und unmenschlich.

Zunächst geben nun selbst die Anstifter dieser Politik nicht nur ihr offenkundiges Scheitern offen zu, sondern auch, dass ihre Rezepte schon von Beginn an vollkommen falsch, unrealistisch, ineffizient und sogar kontraproduktiv waren. Hier nun eine Illustration, die nicht eine sekundäre Frage betrifft, sondern den Kern des Problems, die griechischen Schulden selbst:

Laut allen Verantwortlichen für das griechische Desaster, wären, falls ihre Politik (die mehr als drakonische Sparpolitik) zu 100 % effizient gewesen wäre, die griechischen Schulden 2020 auf 120 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gebracht worden – d. h., auf die Rate, die 2009 bestand, als das soziale Massaker begonnen hat!

Aber, als wenn dies noch nicht genügte, zwingen sie weiterhin der griechische Bevölkerung, wie auch allen Anderen, genau die Politik auf, deren Scheitern sie selbst zugegeben haben. Somit sind wir nun in Griechenland beim siebten "Memorandum" der Sparpolitik und der Zerstörung des öffentlichen Dienstes angelangt, nachdem die ersten sechs „Memoranden“ den Beweis ihrer völligen Ineffizienz abgelegt haben. Wir erleben in Portugal, in Irland, in Italien, in Spanien und fast überall in Europa die Anwendung derselben drakonischen Sparpläne, die überall zu demselben Resultat führen, d. h. die Wirtschaft und die Bevölkerungen werden in eine Rezession und eine stets tiefer werdende Flaute getrieben.

In Wirklichkeit sind Ausdrücke wie "drakonische Sparpolitik" absolut unzureichend, um zu beschreiben, was derzeit in Griechenland geschieht. Die Löhne und die Renten sind um 50 %, in manchen Fällen sogar um 70 %, gekürzt worden. Unterernährung grassiert unter Grundschulkindern, und der Hunger taucht vor allem in den großen Städten des Landes auf, deren Zentren nun von Zehntausenden elenden hungrigen und zerlumpten Obdachlosen belagert sind. Die Erwerbslosigkeit betrifft 20 % der Bevölkerung und 45 % der Jugendlichen (49,5 % der jungen Frauen).

Die öffentlichen Dienste sind aufgelöst oder privatisiert; Folgen davon sind, dass die Anzahl der Krankenhausbetten per Regierungsentscheidung um 40 % gesunken ist, dass selbst eine Entbindung teuer bezahlt werden muss, dass es in den öffentlichen Krankenhäusern an Verbandsmaterial und an grundlegenden Medikamenten wie Aspirin fehlt.

Der griechische Staat ist, im Januar 2012, noch immer nicht fähig, den Schülern die Schulbücher des im September begonnenen Schuljahres zu beschaffen. Zigtausende Behinderte oder an seltenen Krankheiten Leidende sehen sich zu einem baldigen sicheren Tod verurteilt, nachdem der griechische Staat ihnen die finanzielle Unterstützung sowie die Medikamente gestrichen hat. Die Anzahl der Selbstmordversuche ist rasend schnell gestiegen, ebenso wie die der nun von den Behörden ihrem Schicksal überlassenen HIV-Infizierten und Drogenabhängigen.

Millionen griechischer Frauen sehen sich mit Aufgaben betraut, die normalerweise vom Staat durch die öffentlichen Dienste übernommen wurden, als diese Bereiche noch nicht von der Sparpolitik abgebaut oder privatisiert worden waren. Die Folge für die Frauen ist ein wahres Martyrium: Sie sind nicht nur die ersten, die entlassen werden und dazu gezwungen sind, Aufgaben des öffentlichen Dienstes zu übernehmen, indem sie mehr und mehr unentgeltlich zu Hause arbeiten. Sie sind auch direkt vom Wiederauftauchen patriarchaler Unterdrückung betroffen, die als ideologisches Alibi für die erzwungene Rückkehr der Frauen an den heimischen Herd dient.

Wir könnten fast unbegrenzt mit dieser Beschreibung der Zerrüttung der griechischen Bevölkerung fortfahren. Aber selbst indem wir uns auf das beschränken, was wir gerade gesagt haben, stellen wir fest, dass wir eine gesellschaftliche Lage vorfinden, die vollständig der Definition des Not- oder Gefahrenzustands entspricht, der seit langem vom internationalen Recht anerkannt wird. Und dieses internationale Recht verpflichtet ausdrücklich die Staaten dazu, der Befriedigung der elementaren Bedürfnisse ihrer Bürger Priorität zu verleihen, und nicht der Rückzahlung ihrer Schulden.

Die Kommission der UNO für internationales Recht unterstreicht in Bezug auf den Notzustand: "Wir können von einem Staat nicht erwarten, dass er seine Schulen, seine Universitäten und seine Gerichte schließt, dass er seine öffentlichen Dienste derart aufgibt, dass er seine Gemeinschaft dem Chaos und der Anarchie ausliefert, nur um auf diese Weise über das Geld zu verfügen, um seine ausländischen oder einheimischen Gläubiger zu bezahlen. Es gibt Grenzen bei dem, was man vernünftigerweise von einem Staat erwarten kann, in derselben Weise wie von einem Individuum."

Unsere Position, die von Millionen Griechen geteilt wird, ist klar und lässt sich mit dem Respekt vor dem internationalen Recht zusammenfassen. Die Griechen müssen keine Schulden bezahlen, die aus verschiedenen Gründen nicht ihre sind:

Erstens, weil die UNO und die internationalen Vereinbarungen – unterzeichnet von den Mitgliedsstaaten der UNO, aber auch von den Gläubigerländern – den griechischen Staat auffordern, nicht seine Gläubiger prioritär zu befriedigen, sondern vielmehr seinen Verpflichtungen gegenüber den griechischen Staatsangehörigen und allen in Griechenland Lebenden, die seiner Gerichtsbarkeit unterliegen, nachzukommen.

Zweitens, weil diese griechischen öffentlichen Schulden, oder zumindest ein sehr bedeutender Teil davon, alle Eigenschaften einer anrühigen und in jedem Fall illegitimen Schuld auf sich vereinen, bei der das internationale Recht dazu auffordert, sie nicht zurückzuerstatten. Dies ist übrigens der Grund dafür, dass alles getan werden muss, die griechische Kampagne für ein Schuldenaudit zur Identifizierung des illegitimen Teils der Schulden zu unterstützen, und nicht zu behindern (wie es der griechische Staat jetzt tut).

Unsere Schlussfolgerung ist kategorisch:

Die griechische Tragödie ist weder schicksalhaft noch unlösbar. Die Lösung ist vorhanden und ein Bestandteil dieser Lösung ist die Ablehnung, Annullierung und Nichtbezahlung der griechischen öffentlichen Schulden als erster Schritt in die richtige Richtung, d. h. die Sicherung des Wohles eines ganzen europäischen Volkes, das in Friedenszeiten von einer beispiellosen humanitären Katastrophe bedroht ist.